

CONV 295/02

WG II 10

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe II
Betr.:	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 17. September 2002 unter dem Vorsitz des Mitglieds der Kommission Herrn António VITORINO

Die vierte Sitzung der Gruppe "Einbeziehung der Charta/Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)" hat am 17. September 2002 von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 Uhr bis 18.30 Uhr unter dem Vorsitz des Mitglieds der Kommission Herrn António Vitorino stattgefunden.

1. Modalitäten und Auswirkungen eines etwaigen Beitritts der EG/EU zur EMRK
 - Erste Aussprache (*siehe Dok. CONV 116/02, Teil III*)

Alle Teilnehmer an der Aussprache sprachen sich (angesichts der allgemeinen Orientierung des Konvents auf die Anerkennung einer einzigen Rechtspersönlichkeit der Union) für einen Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) aus oder hoben zumindest die Argumente hervor, die für einen solchen Beitritt sprechen. Vor allem wurde darauf hingewiesen, dass ein Beitritt den Bürgern den gleichen Schutz der Grundrechte sichern werde, wie sie ihn bereits gegenüber den Mitgliedstaaten genießen, dass die für einen Beitritt sprechenden Gründe im Falle einer verbindlichen Charta noch überzeugender sein könnten, da diese dazu beitragen würde, eine harmonische Entwicklung der Rechtsprechung der beiden europäischen Gerichtshöfe zu gewährleisten, und dass sie als Bindeglied zwischen dem "kleinen" und dem "großen" Europa dienen und zugleich das politische Gewicht des Europarates in dieser Hinsicht bewahren werde.

Eine Mehrzahl von Teilnehmern betonte, der Beitritt zur EMRK sollte nicht als Alternative zur Einbeziehung der Charta in die Verträge, sondern als flankierende Maßnahme hierzu gesehen werden, denn er biete neben dem von der Charta und dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften gewährten Schutz auch noch die externe Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Rechtslage sei also vergleichbar mit der in den Mitgliedstaaten, die zum einen die Grundrechte durch ihre Verfassungen sichern und sich zum anderen den internationalen Mindestnormen der EMRK unterworfen haben.

Indessen wurden zwei Fragen angesprochen, denen in diesem Zusammenhang besonderes Augenmerk gewidmet werden sollte. Zum einen betonten mehrere Mitglieder, ein Beitritt zur EMRK dürfe nicht zu einer Ausweitung der Zuständigkeiten der Union im Menschenrechtsbereich führen. In dieser Hinsicht zeigte sich eine Reihe von Teilnehmern befriedigt darüber, dass eine Rechtsgrundlage im Vertrag, die der Union lediglich die Befugnis zum Beitritt zur EMRK erteile, nicht mit einer derartigen Wirkung verbunden sein könne; andere meinten, in jedem Falle könnten technische Lösungen in Betracht gezogen werden, um dies mit Sicherheit auszuschließen. Zum anderen wurde hervorgehoben, dass ein Beitritt nationale Positionen unberührt lassen sollte, die daraus resultierten, dass bestimmte Mitgliedstaaten nicht alle Zusatzprotokolle zur EMRK ratifiziert oder aber Vorbehalte zur Konvention angemeldet hätten.

Am Schluss der allgemeinen Aussprache, die nach der Anhörung von Herrn Fischbach – siehe nachstehend – am frühen Nachmittag fortgesetzt wurde, zog der Vorsitzende sein Fazit, wobei er hervorhob, dass die Vielschichtigkeit dieser Problematik bedacht werden sollte: Die Aufgabe des Konvents beschränke sich darauf, zu prüfen, ob eine verfassungsmäßige Ermächtigung der Union zum Beitritt zur EMRK in den Vertrag aufzunehmen ist. Einstweilen müsse geklärt werden, ob dieser Schritt nicht zu einer Ausweitung der Zuständigkeiten führen würde. Zudem müsse die Vereinbarkeit von Beitritt und Einbeziehung der Charta als verbindliches Rechtsinstrument gewährleistet sein; zu diesem Zweck sei es offenbar sinnvoll, Artikel 52 Absatz 3 in der Charta beizubehalten. Dagegen habe die Frage, welchen Zusatzprotokollen zur EMRK die Union beitreten und welche Vorbehalte sie anlässlich eines Beitritts zur EMRK anmelden sollte, keinen konstitutionellen Bezug und müsse nicht vom Konvent erörtert werden. Hingegen könne der Rat dies zu gegebener Zeit aufgrund der Ermächtigung durch einstimmiges Votum beschließen. Die Vorbehalte der Mitgliedstaaten blieben bei einem Beitritt in jedem Falle bestehen, denn hier wirke einzelstaatliches Recht, während der Beitritt lediglich Auswirkungen auf das Unionsrecht hätte.

In diesem Zusammenhang äußerte sich der Vorsitzende skeptisch zu dem Gebilde eines "funktionalen Beitritts" – ein solches Modell wurde von einem Mitglied der Gruppe ins Gespräch gebracht, von anderen aber verworfen (ein solches Modell würde bedeuten, dass zwischen den Mitgliedstaaten und den Staaten des Europarates Sonderprotokolle zur EMRK und zum EG-/EU-Vertrag ausgehandelt werden müssten, durch die sich die Organe der Union der Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterwerfen würden, ohne dass die EG/EU selbst mit ihrer eigenen Rechtspersönlichkeit Vertragspartei der EMRK würde (siehe Erläuterungen in Dok. CONV 116/02, Seiten 25 und 26). Der Vorsitzende betonte, er sehe keine Vorteile in diesem Modell, das von den Rechtssachverständigen der in der Arbeitsgruppe des CDDH (Lenkungsausschuss für Menschenrechte) vereinigten Mitgliedstaaten des Europarates nicht in Betracht gezogen worden sei; hingegen berge es die von Richter Fischbach dargelegten Nachteile, vor allem wegen des Umstands, dass die Union im Straßburger System fehlen würde.

2. Anhörung von Herrn Marc Fischbach, Richter, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Die Gruppe hörte anschließend Herrn Marc Fischbach, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der seinen persönlichen Standpunkt vortrug. In Beantwortung der von den Gruppenmitgliedern gestellten Fragen führte Herr Fischbach unter anderem Folgendes aus:

Nach Auffassung von Herrn Fischbach würde ein Beitritt der EG/EU zur EMRK die Unabhängigkeit des Unionsrechts unberührt lassen. Der Auftrag des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beschränke sich nämlich darauf, über die Einhaltung der Verpflichtungen aus der EMRK zu befinden. Der Straßburger Gerichtshof befasse sich nicht mit der Auslegung des nationalen Rechts der Vertragsstaaten; er würde daher auch nicht in die Auslegung des Unionsrechts eingreifen – hierfür sei nach wie vor der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften als oberste Instanz zuständig. Wie schon bei Handlungen der Vertragsstaaten, die gegen die EMRK verstoßen, hätte der Europäische Gerichtshof keinerlei Befugnis, Handlungen der Union für nichtig zu erklären oder konkrete Maßnahmen als Abhilfe gegen den festgestellten Verstoß vorzuschreiben oder zu empfehlen; die Wahl solcher Maßnahmen falle ausschließlich in das Ressort der Unionsorgane. Zudem achte der Straßburger Gerichtshof bei der Anwendung der EMRK auf konkrete Fälle darauf, dass unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips den Vertragsparteien ein angemessener Ermessensspielraum bleibe; so hätte er auch die Möglichkeit, der Spezifik des Unionsrechts Rechnung zu tragen.

Somit könne im Falle eines Beitritts das Verhältnis zwischen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nicht als "hierarchisch" angesehen werden, denn jeder der beiden Gerichtshöfe urteile nur auf seinem eigenen Rechtsgebiet, ohne in den Kompetenzbereich des anderen einzugreifen; der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wäre einfach eine speziellere Gerichtsbarkeit, die eine zusätzliche externe Kontrolle ausüben würde, allerdings ausschließlich in Bezug auf die Einhaltung der EMRK. Sein Auftrag ließe Befugnisse und Bedeutung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ebenso wie der nationalen Verfassungsgerichtshöfe bzw. obersten Gerichte, die sehr auf die Wahrung der Grundrechte bedacht seien und im Übrigen nach eigenem Ermessen strengere als die von der EMRK festgelegten Mindestnormen anwenden könnten, völlig unberührt.

Nach Auffassung von Herrn Fischbach könnte der Beitritt der Union zur EMRK, der dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften die Möglichkeit zur unmittelbaren Anwendung der EMRK eröffnen würde, zudem dessen Rolle bei der Förderung des Schutzes der Grundrechte in Europa stärken und zu einem stärkeren Einfluss dieses Gerichtshofs auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beitragen.

Auch wenn es wichtig erscheinen mag, die Rolle des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften in einem künftigen Verfassungsvertrag zu bestimmen, so sieht Herr Fischbach auch bei einem Beitritt zur EMRK keinen Anlass, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einen Platz in diesem Vertrag einzuräumen, da es sich bei diesem um eine für Unionsrecht nicht zuständige Instanz handelt.

Herr Fischbach äußerte sich befriedigt über den derzeitigen Wortlaut von Artikel 52 Absatz 3 der Charta und unterstrich die Bedeutung dieses Wortlauts, der die Grundlage dafür gewesen sei, dass die Beobachter des Europarats im vorhergehenden Konvent ihre Zufriedenheit mit dem Text der Charta zum Ausdruck gebracht hätten. Er bestätigte, dass seines Erachtens die Rechtsgrundsätze dieser Klausel genügend Klarheit böten. Doch blieben Schwierigkeiten bei ihrer Anwendung nicht aus; diese seien eben untrennbar mit den Bemühungen um eine harmonische Entwicklung der Rechtsprechung der beiden Gerichtshöfe verbunden und auch schon vor der Charta aufgetreten. Allerdings könnten sie im Zusammenhang mit der schrittweisen Ausweitung der Zuständigkeiten der Union auf Bereiche - vor allem der dritten Säule -, die in Bezug auf die Grundrechte besonders empfindlich seien, noch zunehmen. Angesichts dieser Schwierigkeiten, die bereits jetzt auftreten

könnten – vor allem, wenn der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in einem konkreten Fall entscheiden müsse, noch bevor der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zu einem Urteil darüber gelangt sei –, werde der Beitritt der Union zur EMRK als "Sicherheitsnetz" wirken, das etwaige Differenzen in der Rechtsprechung minimieren und deren Folgen korrigieren könne. Diese Lösung sei umso mehr zu empfehlen, als bei einer Einbeziehung der Charta in die Verträge die Zahl der Grundrechtsfälle vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nach einem Beitritt ebenso ansteigen könnte wie die Zahl der vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verhandelnden Rechtssachen. Nach Ansicht von Herrn Fischbach sollte aber bedacht werden, dass diese zahlenmäßige Zunahme und die möglicherweise daraus erwachsenden praktischen Probleme nur die Folge eines verbesserten Schutzes der Grundrechte seien. Diese durch eine externe Kontrolle bewirkte Verbesserung trage dazu bei, die Glaubwürdigkeit des Unionssystems weiter zu erhöhen.

Ein Beitritt der Union zur EMRK ändere nach Meinung von Herrn Fischbach nichts an der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten. Das Straßburger System, das die Zuständigkeiten als einen Fakt ansehe, würde diese Aufteilung als eine interne Angelegenheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in der bestehenden Form akzeptieren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte würde nicht daran rühren, da diese Frage ausschließlich unter das Unionsrecht falle. Hinsichtlich der Klärung von vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängigen konkreten Streitfällen, bei denen nicht klar sei, ob die Union oder einer ihrer Mitgliedstaaten für einen behaupteten Verstoß gegen die EMRK haftbar sei, verwies Herr Fischbach auf den vom Lenkungsausschuss für Menschenrechte (CDDH) des Europarates entwickelten Mechanismus des "Mitbeklagten" (vgl. Arbeitsdokument Nr. 8 von Herrn Vitorino). Danach könne ein beklagter Mitgliedstaat die Union auffordern, als "Mitbeklagte" dem Verfahren beizutreten, und umgekehrt. Bei Verstößen gegen die EMRK würde das Urteil gegen beide Beklagte gemeinsam ergehen, ohne dass zur Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen beiden Stellung genommen wird. Ebenso wäre es in der Phase der Durchführung des Urteils ausschließlich Sache der Union und der Mitgliedstaaten, die Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten festzulegen.

Den Vorschlägen zur Einführung eines Verweisungs- oder Konsultationsverfahrens zwischen Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte und Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften - ganz gleich, ob sie für den Fall eines Beitritts oder einer Alternative hierzu gedacht sind - stand Herr Fischbach zurückhaltend gegenüber. Als Beispiele für die damit verbundenen Nachteile nannte er vor allem die erhebliche Verlängerung der Frist bis zur Urteilsverkündung in den anhängigen Rechtssachen sowie die sich daraus ergebenden Diskrepanzen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, deren oberste Gerichte nicht befugt sind, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu konsultieren. Herr Fischbach bestätigte ferner, dass zwischen dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften regelmäßig informelle Informationstreffen stattfinden; seiner Ansicht sei es aber weder notwendig noch zweckmäßig, Konsultationen zwischen beiden Gerichtshöfen einzuführen, wenn damit der Zweck verfolgt werden solle, sich über Entscheidungen in anhängigen Rechtssachen abzustimmen oder wechselseitig hierauf Einfluss zu nehmen.

Befragt nach dem Vorschlag, einen so genannten "funktionalen" Beitritt in Erwägung zu ziehen (das heißt, zwischen den Mitgliedstaaten und den Staaten des Europarates würden Sonderprotokolle zur EMRK und zum EG-/EU-Vertrag ausgehandelt, durch die sich die Organe der Union der Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterwerfen würden, *ohne dass die EG/EU selbst mit ihrer eigenen Rechtspersönlichkeit Vertragspartei der EMRK wird*), äußerte Herr Fischbach Zweifel an den Vorzügen dieser Idee; seiner Ansicht nach würden aus ihr Nachteile und Komplikationen erwachsen, und zudem ließe sie sich kaum mit den Grundsätzen des Straßburger Systems, vor allem mit dem Grundsatz des kollektiven Schutzes, vereinbaren. Wenn nämlich die Union als solche nicht Teil des Systems sei, gäbe es auch keinen von der Union gewählten Richter, der das Unionsrecht "vertritt". Im System der Konvention sei der Einsatz des "nationalen" Richters von grundlegender Bedeutung, denn er bringe in die Beratungen des Gerichtshofs die fachliche Kompetenz auf dem Rechtsgebiet ein, um das es in der Klage geht. Diese fachliche Kompetenz sei im Falle des Beitritts der Union ganz entscheidend angesichts der Spezifik des Gemeinschafts-/Unionsrechts und der Notwendigkeit, eine harmonische Entwicklung dieses Rechts im Einklang mit der EMRK zu gewährleisten. Das Fehlen eines von der Union gewählten Richters im Gerichtshof könne sogar dazu führen, dass die Geltung und die Rechtmäßigkeit der gegen die Union gefällten Urteile problematisch würden. Zudem wäre die Union im Falle eines "funktionalen" Beitritts nicht im Ministerkomitee vertreten, wenn dieses die Durchführung der Urteile überwacht, obgleich eine solche Vertretung für die Wahrnehmung dieser Aufgabe notwendig wäre und – in dem speziellen Fall der Union – auch dazu dienen sollte, das Komitee über deren begrenzte Zuständigkeit (siehe vorherige Nummer) aufzuklären.

3. Einbeziehung der Charta in die Verträge

- Prüfung bestimmter technischer Anpassungen der horizontalen Bestimmungen der Charta

Hinsichtlich etwaiger Anpassungen in Artikel 51 Absätze 1 und 2 wurde ein Konsens dahin gehend erzielt, dass geringfügige Anpassungen entsprechend den im Arbeitsdokument Nr. 14 von Herrn MacCormick sowie in der Anhörung von Herrn Piris (siehe Dokument Nr. 13) skizzierten Leitlinien empfohlen werden sollten, um zweifelsfrei zu verdeutlichen, dass eine in die Verträge einbezogene Charta nichts an der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten ändern würde.

Zudem war ein Konsens zugunsten der Beibehaltung eines Verweises, der sich auf alle aus dem EG-Vertrag übernommenen Rechte der Charta bezieht, zu verzeichnen. Der endgültige Wortlaut eines solchen Verweises, der sich derzeit in Artikel 52 Absatz 2 der Charta findet, konnte bislang nicht formuliert werden, da er von der Konstruktion des durch den Konvent zu erarbeitenden Verfassungsvertrags abhängig ist.

Was Artikel 52 Absatz 3 der Charta angeht, so wurde beantragt, im Abschlussbericht den Sinn dieser Vorschrift und vor allem die Beziehung zwischen deren ersten und zweiten Satz zu klären. Hierzu erklärten einige Gruppenmitglieder sowie der Vorsitzende in seinen Schlussbemerkungen, dass nach Artikel 52 Absatz 3 der Charta der Sinn und die Tragweite derjenigen Rechte der Charta, die den Rechten der EMRK entsprächen, sich zwar mit dem Sinn und der Tragweite der Rechte aus der Konvention deckten, dass die Aufnahme des zweiten Satzes in Artikel 52 Absatz 3 der Charta jedoch notwendig gewesen sei, um deutlich zu machen, dass dieser Artikel sich nicht gegen das Vorhandensein eines höheren Schutzes im Unionsrecht sowie in den Bestimmungen der Charta richte, die, wenngleich sie sich auf die EMRK gründeten, über diese hinausgingen, da der Besitzstand der Union gegenüber der EMRK bereits eine Fortentwicklung darstelle (Beispiel: Artikel 47 und 50 der Charta).

Schließlich wurde beantragt, dass die Gruppe eine derzeit in Artikel 52 noch fehlende Zusatzklausel für diejenigen Artikel der Charta formulieren sollte, die weder aus dem Vertrag noch aus der EMRK stammen. Nach Meinung des Antragstellers könne sich eine solche Klausel auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs bezüglich der Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten stützen und zudem die in der Charta vorgenommene Unterscheidung zwischen Rechten und Grundsätzen noch stärker verdeutlichen.

Als Reaktion auf diesen Antrag ließen einige Mitglieder zwar erkennen, dass sie generell bereit sind zu prüfen, ob eine Formulierung betreffend den Zusammenhang zwischen der Charta und den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten gefunden werden kann; dagegen erklärten einige andere Teilnehmer, sie seien nicht davon überzeugt, dass es eine Lücke in den horizontalen Bestimmungen gebe, und wiesen insbesondere darauf hin, dass die Charta klarer sei, als es die Quelle der Verfassungsüberlieferungen sein könne, dass ein Verweis nicht möglich sei, da es außer der Charta keinen Grundsatztext gebe, in dem die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen zusammengefasst seien, und dass die Absicht, den Sinn der Charta durch Aufnahme einer zusätzlichen horizontalen Klausel zu ändern, nicht akzeptiert werden könne. Der Vorsitzende, der sich abschließend zu diesem Punkt äußerte, erklärte sich aufgeschlossen gegenüber der Suche nach einer Lösung. Er betonte indessen, die von Richter Skouris beschriebene derzeitige Praxis des Gerichtshofs, sich nach freiem Ermessen an den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen zu orientieren und das Konzept des kleinsten gemeinsamen Nenners zu verwerfen, könne nicht in Frage gestellt werden. Er fügte hinzu, dass man auch die auf anderen Quellen wie z.B. anderen Rechtsinstrumenten aufbauenden Grundrechte bedenken müsse und dass, wenngleich die Unterscheidung zwischen Rechten und Grundsätzen in der Charta verankert sei, man sich in der früheren Konvention entschieden habe, die rechtlichen Folgen dieser Unterscheidung nicht im Detail zu spezifizieren, sondern dies der Rechtsprechung zu überlassen.

Einige Mitglieder beantragten, dass im Bericht der Gruppe auch untersucht werden sollte, ob es zweckmäßig ist, bei einer etwaigen Einbeziehung der Charta die Bedeutung der Erläuterungen des Präsidiums zu ihrem Wortlaut zu betonen.

4. Anhörung von Herrn Vassilios Skouris, Richter, Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

Richter Skouris, der seinen persönlichen Standpunkt vortrug und dabei ausführte, dass es innerhalb des Gerichtshofs einzelne Diskussionen, aber bislang noch keine offizielle Stellungnahme zu den Fragen gebe, mit denen die Gruppe befasst sei, ging in seinen einleitenden Erläuterungen (vgl. Arbeitsdokument Nr. 19) auf Fragen der Gruppenmitglieder ein und machte unter anderem folgende Bemerkungen:

Die Einbeziehung der Charta könne seiner Ansicht nach an der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten nichts ändern, wenn man darauf achte, dass - wie von der Gruppe angeregt - die horizontalen Bestimmungen von Artikel 51 Absatz 2 und Artikel 52 Absatz 2 der Charta entsprechend angepasst würden.

Richter Skouris erinnerte daran, dass der Gerichtshof kürzlich erklärt habe, dass vom Standpunkt des geltenden Rechts aus das derzeitige Rechtsmittelsystem in Hinsicht auf die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Handlungen der Organe im Einklang mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen stehe. Er fügte hinzu, dass in künftigen Rechtsvorschriften eine Änderung des derzeitigen Systems in Betracht gezogen werden könnte. Die Einführung einer Verfassungsbeschwerde in das Gemeinschaftsrecht sei keine besonders ratsame Lösung; ebenso wenig sei es wünschenswert, Einzelpersonen die Anfechtung eines Rechtsakts nur dann zu gestatten, wenn auf nationaler Ebene kein geeigneter Rechtsbehelf zur Verfügung stehe. Wenn eine Änderung erwogen werden sollte, dann nicht in Artikel 234 EGV - hier funktioniere das System der VorabentscheidungsVorlage ganz zufriedenstellend -, sondern vielmehr in Artikel 230 Absatz 4 des EG-Vertrags, dessen Strenge bereits Anlass zu Kritik gegeben habe. Der Richter bemerkte überdies, dass der europäische Bürgerbeauftragte zwar eine sehr geachtete Aufgabe erfülle, aber kein Organ der Rechtspflege sei und daher kaum eine Filterfunktion ausüben könne, indem er dem Gerichtshof individuelle Rechts-sachen zuleite. Abschließend erklärte Richter Skouris, es sei wünschenswert, dass es einheitliche Voraussetzungen für die Überprüfung der Handlungen der Organe durch den Hof gebe; es wäre nur schwer zu akzeptieren, wenn im Falle einer verbindlichen Charta oder eines Beitritts zur EMRK die eingeschränkte gerichtliche Nachprüfung im Rahmen der dritten Säule beibehalten werden würde. Zugleich betonte er, es stehe ihm als Richter nicht zu, der verfassunggebenden Instanz dies-bezüglich Ratschläge zu erteilen.

Richter Skouris bestätigte, dass der Beitritt zur EMRK nicht generell die Eigenständigkeit des Gemeinschaftsrechts beeinträchtige. Zwar verliere der Gerichtshof nach dem Beitritt sein Monopol, allein über die Verletzung der EMRK durch einen Gemeinschaftsrechtsakt zu befinden, doch nehme er daran keinen Anstoß. Seiner Meinung nach beruhe die Auslegung, die bisweilen dem Gut-achten 2/94 des Hofes gegeben werde, auf einem Missverständnis; tatsächlich stelle die sich infolge eines Beitritts zum EMRK ergebende externe Kontrolle für den Hof kein Problem dar.

Richter Skouris erklärte, er glaube nicht, dass der Beitritt der EG/EU zur EMRK Einfluss auf die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EG/EU und ihren Mitgliedstaaten habe, wenn mit der zu schaffenden diesbezüglichen Rechtsgrundlage ausschließlich das Problem des Beitritts geregelt werde. Nach einem Beitritt werde sich der Straßburger Gerichtshof seiner Ansicht nach nicht veranlaßt sehen, über andere Fragen des Gemeinschaftsrechts, so zum Beispiel das Problem der Aufteilung der Zuständigkeiten, zu befinden; er bezog sich auf die technischen Lösungen, die zur Vermeidung einer solchen Situation vorgeschlagen worden sind.

Nach Auffassung von Richter Skouris sollte die Gefahr einer möglichen Widersprüchlichkeit von Entscheidungen der beiden europäischen Gerichtshöfe nicht überbewertet werden, da der Gerichtshof stets streng auf die Rechtsprechung des Straßburger Gerichtshofs geachtet habe und dies auch weiterhin tun werde. Deshalb hielt Richter Skouris es - selbst für den Fall der Einbeziehung der Charta - nicht für empfehlenswert, die jeweilige Rolle der beiden Gerichtshöfe im Vertrag zu bestimmen oder die Beziehungen zwischen diesen zu regeln; er sprach sich in diesem Zusammenhang dagegen aus, die Möglichkeit der Verweisung vom Gerichtshof an den Straßburger Gerichtshof einzuführen, was das Verfahren vor dem Hof über Gebühr komplizieren und belasten würde.

Richter Skouris bestätigte, dass der Hof sich bei der Festlegung der allgemeinen Rechtsgrundsätze im Bereich der Grundrechte von den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten leiten lasse. Die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen bildeten aber keine unmittelbare Quelle des Gemeinschaftsrechts und seien daher als solche für den Hof nicht bindend; sie stellten vielmehr eine Quelle der Inspiration dar. Es gehe daher für den Hof nicht darum, den kleinsten gemeinsamen Nenner für die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten zu finden und ihn auf das Gemeinschaftsrecht zu übertragen, sondern sich nach freiem Ermessen daran zu orientieren, um den angemessenen Schutz für die Rechtsordnung der Gemeinschaft zu bestimmen. Im Falle der Einbeziehung der Charta würden - so der Eindruck von Richter Skouris - die allgemeinen Grundsätze und somit auch die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten nicht mehr als "konkurrierende, gleichwertige" Quelle der Grundrechte, sondern lediglich als subsidiäre, ergänzende Quelle dienen, auf die der Hof nur dann zurückgreifen würde, wenn etwaige Lücken im Text der Charta zu schließen wären.

Richter Skouris vertrat die Ansicht, Artikel 52 Absatz 3 der in den Vertrag einbezogenen Charta werde die derzeit vom Gerichtshof geübte Praxis, der vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgegebenen Auslegung der EMRK zu folgen, bestätigen und sollte nicht zu einer Änderung dieser zufrieden stellenden Verfahrensweise des Hofes führen. Zu Artikel 52 Absatz 2 der Charta meinte Richter Skouris, hier lasse sich der Grundsatz erkennen, dass die bereits im EG-Vertrag verankerten und von der Charta übernommenen Rechte vom EG-Vertrag als eine *lex specialis* geregelt seien und dass die in Bezug auf diese Rechte bestehende Rechtsprechung weiter gültig bleibe. Auf die allgemeine Frage, ob die Charta ausreichend klar abgefasst sei, erwiderte Richter Skouris, dass Verbesserungen zwar immer möglich seien, er jedoch mit dem derzeitigen Text der Charta leben könne, und dass, wenngleich die derzeitige Situation dem Gerichtshof sicher mehr Spielraum lasse, er persönlich sich wohler fühle, wenn er mit einem schriftlichen Rechtsrahmen für die Grundrechte arbeiten könne, wie ihn die Charta biete.